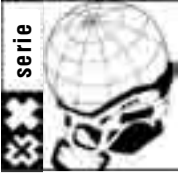


LUXEMBURG UND DIE KYOTO-ZIELE



# Atypisch prototypisch

**Vor zehn Jahren wurde die Gefahr eines Klimawandels einer breiten Öffentlichkeit bewusst. Das Kyoto-Abkommen von 1997 entpuppte sich jedoch als Enttäuschung. Nun hapert es auch noch bei der Umsetzung.**

(RK) - "Ich freue mich darüber, dass Präsident Bush das Kyoto-Abkommen abgelehnt hat." Diese Aussage stammt nicht etwa von einem Öl-Lobbyisten, sondern von Professor André Berger, einem international anerkannten Klimatologen von der Universität Louvain. André Berger erläuterte seine Genugtuung am 15. April anlässlich einer Konferenz im Centre Universitaire: Er teilt die Meinung des "International panel on climate change" (IPCC), eine Reduzierung des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 60 Prozent sei notwendig, um einen Klimawandel zu verhindern. Das Kyoto-Abkommen aber sieht nur eine Senkung von fünf Prozent bis 2010 in den Industriestaaten vor. Zusammen mit den nicht begrenzten CO<sub>2</sub>-Emissionen der Dritten Welt führt das unterm Strich zu einem Anstieg statt einer Senkung des Ausstoßes von Treibgasen. So erscheint das nach politischen statt nach wissenschaftlichen Kriterien berechnete Kyoto-Reduktionsziel als eher kontraproduktiv.

Zehn Jahre nach Rio kann das Klimaschutzabkommen als Musterfall für die gesamte Umweltproblematik angesehen werden: Die Kluft zwischen dem, was vernünftigerweise notwendig wäre, und dem, was als politisch machbar angesehen wird, ist unüberbrückbar. Und zwischen dem faulen Kompromiss von Kyoto und dem, was tatsächlich umgesetzt wird, klafft eine weitere Lücke:

In vielen Industrieländern steigt derzeit der CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Obwohl das globale Ziel von fünf Prozent gestaffelt wurde - Russland null Prozent, EU acht Prozent, Luxemburg 28 Prozent - ist unklar, ob diese Werte erreicht werden können.

## Musterschüler?

"Ein Bravo für Luxemburg!", so der belgische Professor. Bisher sei das Großherzogtum auf dem richtigen Weg. In der Tat: Zwischen 1990 und 1998 sank der Ausstoß von Treibhausgasen um 32 Prozent auf knapp über acht Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent (eine Messgröße, die andere Treibhausgase wie Methan einschließt). Der Haken: Einzig die Umstellung der Stahlindustrie von Koks- auf Elektrobetrieb in den 90er Jahren führte zu einem drastischen Rückgang der Emissionen. In allen anderen Bereichen, insbesondere beim Transport, stieg der Ausstoß rapide an. Ein Ausstoß von 9,3 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent für das Jahr 2000 belegt, dass der Trend nach oben zeigt.

Noch im Mai 2000 hatte das Umweltministerium ein optimistisches Szenario entworfen, nach dem Luxemburg sein Ziel für 2010 erreichen könne. Mittlerweile scheint kaum jemand noch so recht daran zu glauben. So erklärte die Industriellenföderation Anfang Mai, die Spielräume für Einsparungen im industriellen Bereich seien weitgehend ausgeschöpft. Zusammen mit einem weiteren An-

stieg im Transportbereich werde das zu einer Reduktion von bestenfalls 20 Prozent führen.

Umweltminister Charles Goerens und Staatssekretär Eugène Berger werden nicht müde, auf die "atypische" Situation Luxemburgs hinzuweisen. An erster Stelle ist damit der Tanktourismus gemeint. Der hierzulande getankte Kraftstoff wird auf die luxemburger CO<sub>2</sub>-Bilanz angerechnet. Das waren 1990 schon 1.800.000 Tonnen, im Jahr 2000 dreieinhalb Tonnen und damit über ein Drittel des gesamten CO<sub>2</sub>-Aufkommens. Würde man den Tanktourismus aus der Bilanz herausrechnen, so könnte Luxemburg mühelos sein Ziel einhalten. Dieser Rechenrick unter-schlägt allerdings eine andere Ungereimtheit des Kyoto-Berechnungsmodus: Der Stromverbrauch Luxemburgs wird dort angerechnet, wo der Strom erzeugt wird. Wer verlangt, das im Ausland benötigte Benzin herauszurechnen, müsste im Gegenzug den im Inland verbrauchten Strom in die Bilanz einbeziehen - derzeit ebenfalls über drei Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent.

## Rechenspiele

Die Frage des Tanktourismus stellt sich anders seit die Europäische Kommission ihre Absicht kundgetan hat, die Treibstoffsteuern zu harmonisieren. Passiert dies wirklich, so könnten sich die luxemburgischen Diesel- und Benzpreise bis 2010 dem Niveau der Nachbarländer annähern, was massive Auswirkungen auf den Treibstoffexport hätte. Dann wäre die Regierung alle Kyoto-Sorgen auf einen Schlag los ... ebenso wie das leidige Problem der Überschüsse im Staatshaushalt.

Die zu erwartenden Steuer-ausfälle erklären, warum dieses EU-Vorhaben von luxemburgischen Politikern, mit Ausnahme der Grünen, heftig kritisiert wird. Es führe nur dazu, dass die Leute in ihrem Heimatland statt in Luxemburg tanken würden - gefahren würde dafür aber nicht weniger. Eine erstaunliche Argumentation, vor allem aus dem Mund liberaler PolitikerInnen, denen die marktwirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Preis und Nachfrage geläufig sein müssten.

So wird zwar die atypische Situation Luxemburgs beklagt, doch etwas daran ändern möchten die zuständi-

gen PolitikerInnen auch nicht. Glaubwürdiger ist da schon der Hinweis darauf, dass angesichts der schnell wachsenden Bevölkerung Luxemburgs der CO<sub>2</sub>-Ausstoß proportional mitwächst. Hinzu kommt, dass der Kleinstaat einer stark urbanisierten Region entspricht, deren wirtschaftliches Gewicht unverhältnismäßig größer ist als die Bevölkerungszahl - was sich an den Grenzgängerströmen zeigt.

Berechnet man statt des gesamten ausgestoßenen CO<sub>2</sub> die Pro-Kopf-Emissionen, so ergibt sich ein günstigeres Bild: Von 32,8 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Kopf 1990 auf 21,3 Tonnen im Jahr 2000. Und selbst pessimistische Szenarien für den Gesamtausstoß führen zu ansehnlichen Pro-Kopf-Variationen: Bei null Prozent Absenkung zwischen 1990 und 2010 ergäbe sich allein aufgrund des Bevölkerungszuwachses eine Minderung des Pro-Kopf-Ausstoßes um über 20 Prozent. Das gleiche gilt in noch stärkerem Maße, wenn man sich auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bezieht, das ja noch schneller steigt als die Bevölkerung.

Atypisch ist in dieser Hinsicht die Situation Luxemburgs höchstens, wenn man sie mit der in anderen Industrieländern vergleicht. Weltweit steigt die Bevölkerung nämlich in einem ähnlichen Rhythmus weiter an, und das BIP (hoffentlich) auch. Atypisch ist dagegen der Pro-Kopf-Ausstoß hierzulande - 1990 lag er etwa um das Achtfache über dem Weltdurchschnitt. So gesehen ist Luxemburgs "ambitiöses" Reduktionsziel von 28 Prozent (pro Kopf: etwa 43 Prozent) nichts weiter als ein sehr bescheidener Beitrag zur globalen CO<sub>2</sub>-Reduktion von Seiten eines der intensivsten Verursacher.

Schafft es Luxemburg nicht, dieses Ziel zu erreichen, so liegt dies nicht nur an Tanktourismus und Bevölkerungswachstum, sondern auch an anderen "atypischen" Faktoren wie Zahl der Autos und Wohnfläche pro Kopf. Politische Maßnahmen, etwas hieran zu verändern, werden nur zögerlich ins Auge gefasst. Dafür wird immer ungenierter auf die im Kyoto-Abkommen vorgesehenen Schlupflöcher verwiesen: Zum einen auf die so genannten "clean development mechanisms" (CDM), die Möglichkeit, sich CO<sub>2</sub>-sparende Projekte in Entwicklungsländern auf die eigene CO<sub>2</sub>-Bilanz anrechnen zu lassen, zum anderen auf den Handel mit Emissionszertifikaten.

In einem Gréngespoun-Interview von Mai 2000 versicherte Charles Goerens noch,

man werde nur auf CDM zurückgreifen, wenn alle erdenklichen Maßnahmen ergriffen worden seien, und man dennoch das Ziel verfehle, zum Beispiel weil 200.000 Einwohner hinzu gekommen seien. Im Bericht zur nachhaltigen Entwicklung, Ende Juni 2002 von Goerens Parteikollegen, dem DP-Abgeordneten Emile Calmes vorgelegt, klingt das anders: Der "Kauf" von CDM werde Luxemburg helfen, sich sanft in Richtung Nachhaltigkeit umzuorientieren, ohne den Beschäftigten und den Unternehmen zu schaden. Denn beim Kyoto-Abkommen gehe es nicht darum, nationale Antworten zu suchen, sondern die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken.

## Ruhe sanft

Viele Umwelt- und Entwicklungshilfe-NGO lehnen die CDM ab. Zwar kann in der Dritten Welt in der Regel mit viel weniger Geld viel mehr CO<sub>2</sub> eingespart werden. Doch die NGO fordern, dass solche Projekte nicht als Ersatz für Maßnahmen in den Industrieländern durchgeführt werden, sondern zusätzlich. Betrachtet man das Nord-Süd-Gefälle beim Pro-Kopf-Ausstoß, so ist kaum zu ersehen, warum in den Entwicklungsländern die bereits niedrigen Emissionen weiter gesenkt werden sollen, bevor die Industrieländer ihren Ausstoß nicht auf einigermaßen vertretbare Werte gebracht haben.

Allzu leicht könnte der Klimaschutz auf Kosten der Dritten Welt betrieben werden. Umgekehrt ist eine auch nur einigermaßen gerechte globale CO<sub>2</sub>-Reduktion nicht umsonst zu haben. Für die Vermeidung eines Klimawandels wird ein Zielwert von etwa einer Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Erdbewohner bis 2050 angenommen. Der könnte erreicht werden, indem der Ausstoß in den Industrieländern auf etwa drei, in den Entwicklungsländern auf 0,8 Tonnen gesenkt wird (Studie von Wilfrid Bach, Spektrum der Wissenschaft 1996). Letzterer Wert würde laut Studie einem akzeptablen Lebensstandard entsprechen, vorausgesetzt die Energieeffizienz erfüllte modernste Standards. Das aber würde einen gigantischen Technologietransfer von Norden nach Süden voraussetzen. Danach sieht es derzeit nicht aus. Während in Johannesburg palavert wird, steht die Globalisierung dank WTO und IMF im Zeichen der reinen Markt-Mechanismen und die Entwicklungshilfe-Etats werden weiter gekürzt.

Zumindest Letzteres kann man Luxemburg nicht vorwerfen. Doch wenn seine VertreterInnen auf internationaler Ebene weiterhin das Laissez-faire mittragen und die nationale Energiepolitik vor den Schwierigkeiten einer CO<sub>2</sub>-Reduktion kapituliert und den Verlockungen der CDM nachgibt, dann ist das gut bestückte Entwicklungshilfebudget nichts anderes als ein goldenes Feigenblatt.



Lokal denken, global handeln. Auch in Sachen Klimapolitik steht Luxemburg zu seiner Sonderrolle. (Foto: Patrick Galbats - photon.lu)



woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: Gréngespoun - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • Herausgeberin: woxx soc. coop. • Redaktion: Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Robert Garcia (robert.garcia@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Germain Kerschen (germain.kerschen@woxx.lu), Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Stefan Kunzmann (stefan.kunzmann@woxx.lu),

Ines Kurschat (ines.kurschat@woxx.lu), Armand Turpel (armand.turpel@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), Danièle Weber (daniele.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • Karikaturen: Guy W. Stoos • Fotos: Christian Mosar • Verwaltung: Monique Ludovicy (monique.ludovicy@woxx.lu) • Bürozeiten: Mo. - Fr. 9 bis 13 und 14 bis 17 Uhr. • Druck: Imprimerie COPE, Luxemburg • Einzelpreis: 1,49 € • Abonnements: 52 Nummern kosten 59,50 € (Ausland zzgl. 22,31 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 24,79 € • Postscheckkonto: CCPL 102654-28 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • Anzeigen: Espace Régie Luxembourg s.a. - Tel.: 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • Recherchefonds: Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL 24495-51 der "Solidarité mam Gréngespoun asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • Post-Anschrift: woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • Büros: 51, Av. de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • E-mail: woxx@woxx.lu • Site: www.woxx.lu • Tel.: (00-352) 29 79 99-0 • Fax: 29 79 79